



SPANG. FISCHER. NATZSCHKA.

**Vorhaben der Firma Rohstoffhandel
Bernhard Westarp GmbH & Co. KG
Neubau einer Schiffsverladeanlage am
Standort im Hafen Rheinau, Mannheim**

**Allgemeine Vorprüfung des Einzelfalls
gemäß § 7 UVPG mit
artenschutzrechtlicher Bewertung des
Vorhabens bezüglich des Vorkommens
der Mauereidechse**

Auftraggeber:

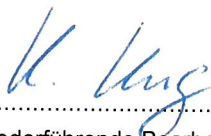
OHF Hafen- und Flussbau GmbH
Siemensstraße 8
76474 Au am Rhein

Projektleitung und Bearbeitung

Katharina Krug
Diplom-Biogeographin

unter Mitarbeit von

Elisabeth Heigl
Diplom-Biologin



Federführende Bearbeiterin



Geschäftsführer

Wiesloch, im Oktober 2021

Au am Rhein, den



SPANG, FISCHER, NATZSCHKA, GmbH
In den Weinäckern 16
69168 Wiesloch

Telefon: 06222 971 78-10
Fax: 06222 971 78-99

info@sfn-planer.de
www.sfn-planer.de

OHF Hafen- und Flussbau GmbH
Siemensstraße 8
76474 Au am Rhein

Telefon: 07245 9196-0
Fax: 07245 9196-20

info@ohf-wasserbau.de
www.ohf-wasserbau.de

Inhalt

1	Einleitung	5
2	Gesetzliche Grundlagen der Vorprüfung des Einzelfalls	9
3	Allgemeine Vorprüfung des Einzelfalls gemäß § 7 UVPG	11
4	Artenschutzrechtliche Bewertung.....	23
4.1	Habitatpotenzial	23
4.2	Konfliktanalyse	26
4.3	Maßnahmen	27
5	Fazit	29
5.1	Allgemeine Vorprüfung des Einzelfalls gemäß § 7 UVPG	29
5.2	Artenschutzrechtliche Bewertung	29
6	Verwendete Literatur und Quellen	31
7	Fotodokumentation	33

1 Einleitung

Die Firma Rohstoffhandel Bernhard Westarp GmbH & Co. KG, Hafenrandstraße 5 - 6, 63741 Aschaffenburg, betreibt nach der Übernahme der Firma Alba Mannheim in der Rotterdamer Straße 37 - 41 in Mannheim-Rheinau einen Rohstoffhandel mit aufbereiteten Metallen. Zur Befrachtung von Schiffen soll der Standort mit einer modernen Schiffsverladeanlage mit Spundwand ausgestattet werden. Bisher legten die Schiffe an der Schrägböschung an und wurden mit Trossen an Landpollern festgemacht. Bei einer Schiffsumschlagsanlage mit Spundwand liegen die Schiffe fest an der Wand und werden an Nischenpollern gesichert. So kann gewährleistet werden, dass kein Schrott beim Umschlag ins Wasser gelangt.

Geplant ist die Errichtung der neuen Schiffsverladeanlage an der Nordostböschung des Firmengeländes im Hafenbecken 22 des Rheinauer Hafens, Mannheim (Abbildung 1-1). Für die neue Verladeanlage soll eine ca. 95 m lange Spundwand aus einem Arcelor Profil PU 28, S 355 vor der Böschung lotrecht mit einer Einbindetiefe von mindestens 10,83 m in die Hafensohle einvibriert werden. An beiden Enden schließt die Spundwand mit rechtwinkligen Flügeln ab, die in die Böschung über eine Länge von 15,65 m beziehungsweise 16,85 m einbinden (Abbildung 1-2).

Die Rückverankerung der Spundwand besteht aus Rammverpresspfählen HEB 200, S 355 J2, die unter einer Neigung von $32,5^\circ$ nach statischer Ermittlung durch eine Schrägpfahlramme in den Untergrund gerammt werden. Die konstruktive, statische Verbindung der Rammverpresspfähle mit der Spundwand erfolgt über eine Gurtung und dem Ankerkopf. Die seitlichen Flügel werden durch Rundstahlanker $d = 105$ und $d = 95$ mit Totmannverankerung gesichert (Abbildung 1-3).

Die Spundwandausrüstung erfolgt unter Beachtung der DIN 14329 (Einrichtung von Liege- und Umschlagplätzen). Am südlichen Ende der Spundwand wird eine Treppennische gemäß den "Empfehlungen des Arbeitsausschusses Uferneinbauten, Häfen und Wasserstraßen" (EAU) (HTG 2020) eingebaut. Ferner erhält die Spundwand vier Steigleitern, die bis 0,90 m unter Normalwasserstand geführt werden. Links und rechts der Steigleitern werden jeweils vier Nischenpoller im Abstand von 1,80 m angebracht. Der obere Abschluss der Spundwand erfolgt mit einem Holmblech mit Wulst zur Absturzsicherung. Zum sichern Festmachen der Schiffe werden zusätzlich zwei Kopfpoller links und rechts neben den Steigleitern auf der Oberkante der Spundwand nach EAU (HTG 2020) angeordnet.

Den Abschluss der Baumaßnahme bildet die lagenweise Hinterfüllung der Spundwand mit standfestem Auffüllmaterial und einer Oberflächenabdeckung aus Geotextil Klasse 4 der Firma Naue, über die eine 20 cm starke Mineralbetonschicht als Unterbau für die Asphaltdecke aufgetragen wird.

Die Anlage ist für 50.000 t Schrott im Jahr geplant und so ausgelegt, dass die Schiffe beim Beladen mit dem Bug in Richtung Hafenausfahrt liegen und nicht verhohlen müssen.

Die Ausführung der Arbeiten erfolgt unter Beachtung aller Umweltauflagen sowie den technischen Regeln der DIN EN 14503 (Häfen und Binnenschifffahrt), DIN 14329 (Fahrzeuge der Binnenschifffahrt - Einrichtung von Liege- und Umschlagplätzen) und den Vorschriften der EAU (HTG 2020).

Im Rahmen der vorliegenden allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalls gemäß § 7 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung des Bundes (UVPG) wird geprüft, ob das Vorhaben unter Berücksichtigung der Prüfkriterien der Anlage 3 des UVPG, ergänzt um die Prüfkriterien der Anlage 2 Umweltverwaltungsgesetz (UVwG), erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen haben kann (siehe Kapitel 3).

Neben der allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalls gemäß § 7 UVPG enthält der vorliegende Bericht eine spezielle artenschutzrechtliche Bewertung des Vorhabens der Firma Rohstoffhandel Bernhard Westarp GmbH & Co. KG hinsichtlich einer möglichen vorhabenbedingten Betroffenheit der streng geschützten Mauereidechse (*Podarcis muralis*) (siehe Kapitel 4).

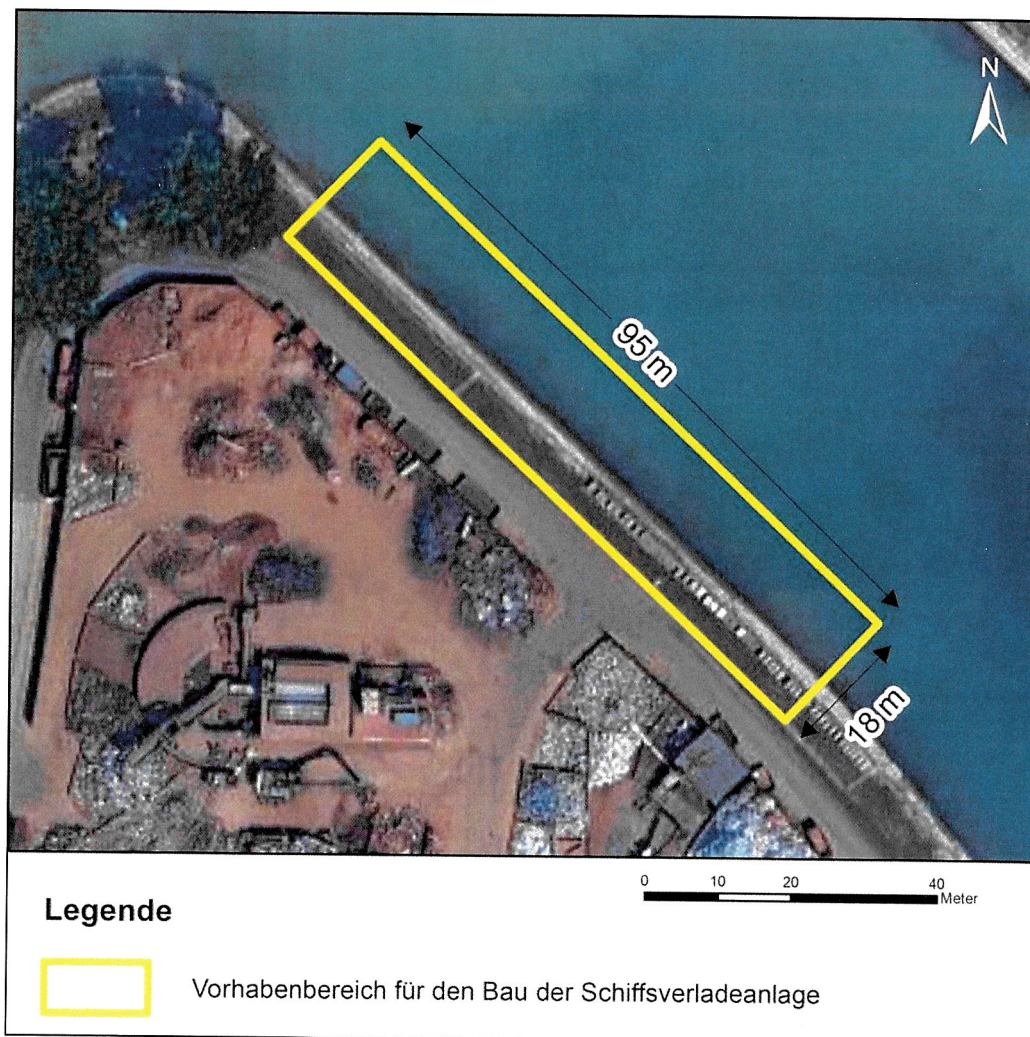


Abbildung 1-1. Lage des Vorhabens im Rheinauer Hafen, Mannheim.



Abbildung 1-2. Lage des Vorhabens im Rheinauer Hafen, Mannheim.

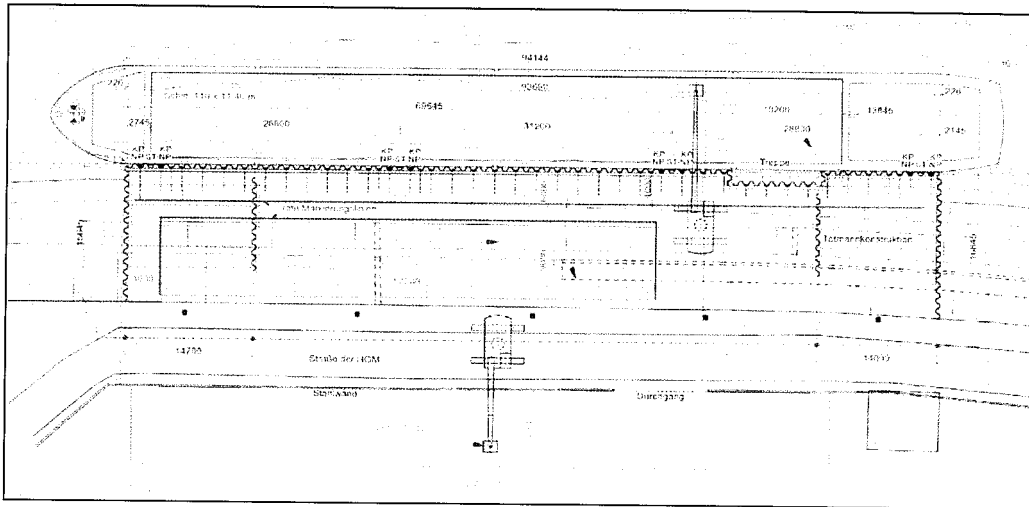


Abbildung 1-3. Technische Zeichnung des Vorhabens (Quelle: Ausschnitt aus Plan 2c, OHF 2020a).

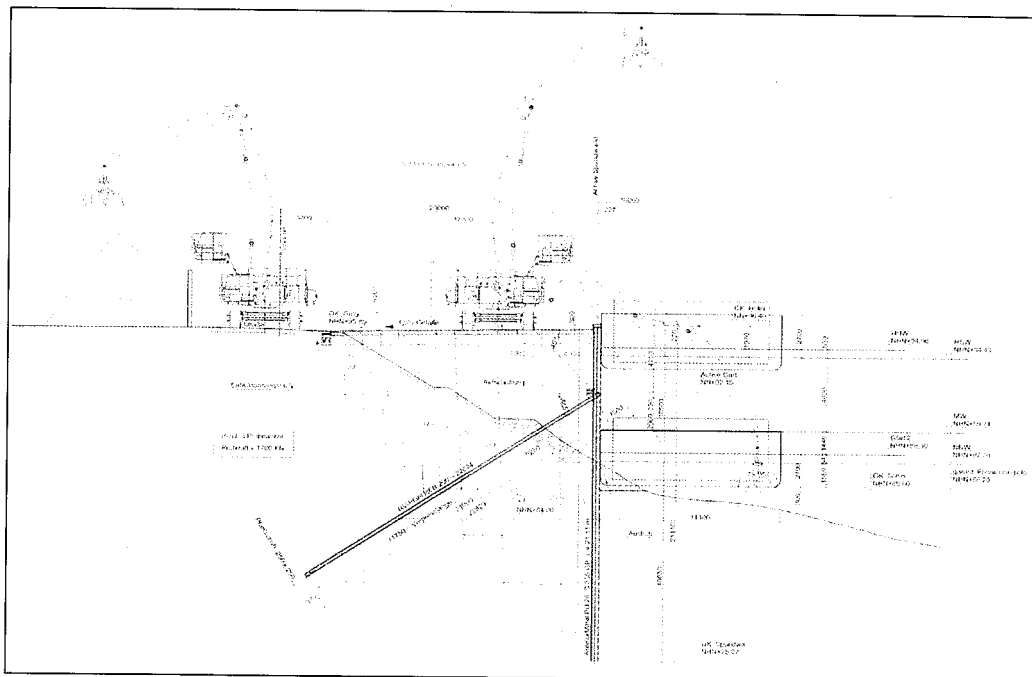


Abbildung 1-4. Schnitt durch die Uferböschung mit Spundwand und Hinterfüllung (Quelle: Ausschnitt aus Plan 4d, OHF 2020b).

2 Gesetzliche Grundlagen der Vorprüfung des Einzelfalls

Gemäß Anlage 1 Nr. 13.12 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) in der Fassung vom 20.07.2017 unterliegt der "Bau eines sonstigen Hafens, einschließlich Fischereihafens oder Jachthafens, oder einer infrastrukturellen Hafenanlage" einer Pflicht zur allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalls. Nach Nr. 13.18 ist eine allgemeine Vorprüfung des Einzelfalls bei Gewässerausbaumaßnahmen durchzuführen.

Führt die Vorprüfung zu dem Ergebnis, dass das Vorhaben erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen haben kann, besteht die UVP-Pflicht. Bei der Vorprüfung ist zu berücksichtigen, ob erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen durch Merkmale des Vorhabens oder des Standorts oder durch Vorkehrungen des Vorhabenträgers offensichtlich ausgeschlossen werden (§ 7 Abs. 5 UVPG).

Im Folgenden sind die Prüfkriterien der Anlage 3 des UVPG, ergänzt um die Prüfkriterien der Anlage 2 UVwG, als Grundlage für die allgemeine Vorprüfung des Einzelfalls zusammenfassend dargestellt.

3 Allgemeine Vorprüfung des Einzelfalls gemäß § 7 UVPG

In der folgenden Tabelle 3-1 sind die Prüfkriterien der Anlage 3 des UVPG als Grundlage für die allgemeine Vorprüfung des Einzelfalls zusammenfassend dargestellt.

Tabelle 3-1. Prüfschritte und Prüfkriterien nach Anlage 3 UVPG, ergänzt um die Prüfkriterien der Anlage 2 UVwG.

Kriterien Anlage 3 UVPG, ergänzt um die Prüfkriterien der Anlage 2 UVwG	Beurteilung des Vorhabens	Erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen
1. Merkmale des Vorhabens Die Merkmale des Vorhabens sind insbesondere hinsichtlich folgender Kriterien zu beurteilen:		
1.1 Größe und Ausgestaltung des gesamten Vorhabens,	<p>Am Standort der Firma Rohstoffhandel Bernhard Westarp GmbH & Co. KG in der Rotterdamer Straße 37 - 41 in Mannheim-Rheinau soll eine moderne Schiffsverladeranlage im Hafenbecken 22 errichtet werden.</p> <p>Dazu ist geplant eine ca. 95 m lange Spundwand als senkrechte Ufereinfassung im Abstand von ca. 20 m zur Geländeoberkante vor der derzeitigen Schrägböschung zu errichten. Im Anschluss an die Errichtung und Rückverankerung der Spundwand ist eine Hinterfüllung vorgesehen.</p> <p>Für den Neubau der Schiffsverladeranlage werden ca. 1.700 m² der bisherigen Schrägböschung im nordöstlichen Teil des Firmengeländes in Anspruch genommen. Ca. 600 m² der Böschung im Vorhabensbereich befinden sich oberhalb des mittleren Wasserspiegels.</p>	nein
1.2 Zusammenwirken mit anderen bestehenden oder zugelassenen Vorhaben und Tätigkeiten,	Ein Zusammenwirken mit anderen bestehenden oder zugelassenen Vorhaben und Tätigkeiten ist nicht zu erwarten.	nein
1.3 Nutzung natürlicher Ressourcen, insbesondere Fläche, Boden, Wasser, Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt,	<p>Fläche: Durch die Hinterfüllung der Schiffsanlegespundwand wird eine Fläche von ca. 1.700 m² baulich überprägt. Die dafür beanspruchte Schrägböschung ist vorwiegend befestigt. Der Bereich oberhalb des Wasserspiegels ist zum Großteil gepflastert. Die Berme ist vollständig versiegelt. Auch die angrenzenden Uferbereiche sind durch die Lage und die Nutzung des Gebiets im Rheinauer Hafen entsprechend beeinträchtigt. Für das Vorhaben werden daher keine Flächen in An-</p>	nein

Kriterien Anlage 3 UVPG, ergänzt um die Prüfkriterien der Anlage 2 UVwG	Beurteilung des Vorhabens	Erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen
	<p>spruch genommen, die als naturnah einzustufen sind. Die Neuversiegelung wird auf das notwendige Minimum begrenzt.</p> <p>Boden: Die Böschung im Vorhabenbereich oberhalb des Wasserspiegels ist gepflastert und zum Teil vollständig versiegelt. Oberhalb der Böschung schließt ein vollständig versiegelter Betriebsweg an. Unterhalb der gepflasterten Schrägböschung ist die Böschung mit Wasserbausteinen befestigt. Der Untergrund besteht nicht aus natürlich gewachsenem Boden, sondern aus aufgeschüttetem Material. Aufgrund des bereits vorhandenen hohen Versiegelungsgrads und der starken anthropogenen Beeinträchtigung des Bodens im Vorhabenbereich sind die Auswirkungen durch den Bau der Schiffsverladeanlage auf das Schutzgut Boden gering und nicht als erheblich einzustufen.</p> <p>Wasser: Durch die geplante neue Schiffsverladeanlage kommt es nicht zu einer Änderung der Nutzung der Ressource Wasser im Vergleich zum derzeitigen Zustand. Anlagebedingt geht durch die neue Anlage Volumen bei Hochwasser verloren, da der Bereich, der hinterfüllt wird nicht mehr dem Wasserrückhalt dienen kann. Wegen des geringen Umfangs des zusätzlich beanspruchten Hafenbeckenvolumens, resultieren hieraus keine nachteiligen Auswirkungen bei Hochwasserereignissen. Vorhabenbedingt kommt es nicht zu erheblichen Auswirkungen auf das Schutzgut Wasser.</p> <p>Pflanzen: Die Uferböschung wird zum Großteil von einer mal mehr mal weniger dichten Ruderalflur bestanden, die in den Pflasterfugen sowie auf einer dünnen Substratschicht auf dem Pflaster wächst. Insgesamt umfasst die von Vegetation bestandene Teil des Vorhabenbereichs oberhalb des Wasserspiegels ca. 600 m². Die Vegetation in diesem Bereich wird geprägt durch Arten wie Brombeere (<i>Rubus fruticosus</i> agg.), Kratzbeere (<i>Rubus caesius</i>), Wilde Möhre (<i>Daucus carota</i>), Taubenkropf-Leimkraut (<i>Silene vulgaris</i>), Kanadische Goldrute (<i>Solidago ca-</i></p>	

Kriterien Anlage 3 UVPG, ergänzt um die Prüfkriterien der Anlage 2 UVwG	Beurteilung des Vorhabens	Erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen
	<p><i>nadensis</i>), Acker- Kratzdistel (<i>Cirsium arvense</i>), Weißer Steinklee (<i>Melilotus albus</i>), Hasenklee (<i>Trifolium arvense</i>), Saat-Wucherblume (<i>Chrysanthemum segetum</i>), Kanadisches Berufkraut (<i>Conyza canadensis</i>) und Gewöhnlicher Natternkopf (<i>Echium vulgare</i>).</p> <p>Da es sich bei den Arten im Vorhabenbereich und dessen Umgebung um anspruchslose und allgemein häufige Arten handelt und der vorhabenbedingte Flächenverlust für Pflanzen gering ist, kommt es nicht zu erheblichen Auswirkungen auf das Schutzgut Pflanzen.</p> <p>Tiere: Der Vorhabenbereich bietet durch seine Lage und der vergleichsweise naturfernen Habitatausstattung nur für wenige Tierarten einen geeigneten Lebensraum. Bei einer Begehung am 18.09.2021 wurde eine adulte männliche sowie eine juvenile Mauereidechse im südlichen Teil des Vorhabenbereichs festgestellt (siehe Kapitel 4). Im unmittelbaren Umfeld des Vorhabenbereichs wurden weitere Individuen der Art auf dem Gelände der Firma Westarp nachgewiesen. Die Böschung im Vorhabenbereich stellt demnach ein Teil des Lebensraums der Mauereidechsen auf dem Firmengelände dar. Unter der Berücksichtigung von Vermeidungsmaßnahmen und einer Maßnahme zum vorgezogenen Ausgleich (siehe Kapitel 4.3) ist die vorhabenbedingte Auslösung von Verbotstatbeständen im Sinne des § 44 Abs. 1 BNatSchG auszuschließen. Darüber hinaus sind aufgrund des geringen Anteils des betroffenen Lebensraums der Mauereidechse auf dem Firmengelände sowie der weiterhin bestehenden Lebensraumeignung umliegender Bereiche auf dem Firmengelände die Auswirkungen des Vorhabens für die Mauereidechse nicht als erheblich einzustufen.</p> <p>Der von Vegetation bestandene Böschungsbereich dient ferner als Lebensraum für Insekten. Durch die Errichtung der Schiffsverladeanlage wird die Vegetation im Vorhabenbereich beseitigt. Im Zuge dessen kann es zu unvermeidbaren</p>	

Kriterien Anlage 3 UVPG, ergänzt um die Prüfkriterien der Anlage 2 UVwG	Beurteilung des Vorhabens	Erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen
	<p>Individuenverlusten von Insekten kommen.</p> <p>Durch den Einbau der Spundwand und die Hinterfüllung kann es zu temporären Auswirkungen auf Wasserorganismen, zum Beispiel Fische, kommen. Da das Hafenbecken 22 nicht als Laichhabitat geeignet ist, die Arbeiten zeitlich begrenzt stattfinden und für mögliche betroffene Individuen Ausweichmöglichkeiten im Umfeld vorhanden sind, sind auch hier erhebliche Auswirkungen auszuschließen.</p> <p>Da insgesamt im Zuge der Umsetzung des Vorhabens nur sehr wenig von Tieren nutzbarer Landlebensraum verloren geht, führt dies nicht zu erheblichen nachteiligen Auswirkungen auf das Schutzgut Tiere.</p> <p>Biologische Vielfalt: Die Biologische Vielfalt im Vorhabenbereich ist aufgrund der starken anthropogenen Überprägung des Gebiets sowie der begrenzten Flächengröße als gering zu bewerten. Erhebliche nachteilige Auswirkungen auf das Schutzgut Biologische Vielfalt durch das Vorhaben sind auszuschließen.</p>	
1.4 Erzeugung von Abfällen im Sinne von § 3 Absatz 1 und 8 des Kreislaufwirtschaftsgesetzes,	Es wird kein Abfall erzeugt.	nein
1.5 Umweltverschmutzung und Belästigungen,	<p>Während der Bauphase sind Belästigungen durch Schall nicht vermeidbar. Die Bauarbeiten an der neuen Schiffsverladeanlage im Rheinauer Hafens sind jedoch zeitlich begrenzt, zudem besteht diesbezüglich eine Vorbelastung im Rheinauer Hafen. Durch die Arbeiten unter Wasser, insbesondere im Zuge des Einvibrierens der Spundwand in die Hafensohle, kann es zu einer temporären Gewässertrübung kommen. Da das Hafenbecken nicht durchströmt wird (Kopfhafen), wird das aufgewirbelte Material nicht von der Strömung fortgetragen, sondern setzt sich nach Beruhigung des Wassers wieder an Ort und Stelle ab. Darüber hinaus erfüllen die von der Firma OHF Hafen- und Flussbau GmbH beim Bau der neuen Anlage eingesetzten Maschinen und Geräte die neuesten Umweltstandards. Insgesamt</p>	nein

Kriterien Anlage 3 UVPG, ergänzt um die Prüfkriterien der Anlage 2 UVwG	Beurteilung des Vorhabens	Erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen
	<p>sind damit baubedingt erhebliche Umweltauswirkungen auszuschließen.</p> <p>Betriebsbedingt kann es beim Umschlag von Schrott zu Lärm kommen. Da noch weitere Metallrecycling-Unternehmen im Rheinauer Hafen ansässig sind, besteht diesbezüglich hier eine Vorbelastung. Darüber hinaus wird aus besonderer Rücksichtnahme auf die Gemeinde Altrip am linken Rheinufer die Schiffsverladeanlage nicht in Hafenbecken 23, sondern auf der der Gemeinde abgewandten Uferseite im Hafenbecken 22 gebaut. Somit entfällt eine zusätzliche Lärmbelastung beim Umschlag der Schiffe für die Gemeinde Altrip.</p> <p>Es entstehen daher auch betriebs- und anlagebedingt keine erheblichen Umweltauswirkungen.</p>	
<p>1.6 Risiken von Störfällen, Unfällen und Katastrophen, die für das Vorhaben von Bedeutung sind, einschließlich der Störfälle, Unfälle und Katastrophen, die wissenschaftlichen Erkenntnissen zufolge durch den Klimawandel bedingt sind, insbesondere mit Blick auf:</p> <p>1.6.1 verwendete Stoffe und Technologien,</p> <p>1.6.2 die Anfälligkeit des Vorhabens für Störfälle im Sinne des § 2 Nummer 7 der Störfall-Verordnung, insbesondere aufgrund seiner Verwirklichung innerhalb des angemessenen Sicherheitsabstandes zu Betriebsbereichen im Sinne des § 3 Absatz 5a des Bundes-Immissionsschutzgesetzes</p>	<p>Es besteht kein Störfallrisiko. Bei der Errichtung der Schiffsverladeanlage handelt sich um eine bewährte Standardmethode.</p> <p>Der zu erwartende Umschlag besteht aus aufbereiteten Metallen, die in Boxen zwischengelagert und durch Mobilbagger mit Polygreifern aufgenommen und ins Schiff geladen werden. Durch die sichere Vertäuerung der Schiffe längs der Spundwand ist gewährleistet, dass kein Schrott beim Umschlag ins Wasser fällt, was bei der bisher genutzten Schrägböschung nicht ausgeschlossen war.</p> <p>Es werden keine Gefahrgüter oder wassergefährdende Stoffe umgeschlagen.</p>	nein
<p>1.7 Risiken für die menschliche Gesundheit, z. B. durch Verunreinigung von Wasser oder Luft.</p>	<p>Es bestehen keine Risiken für die menschliche Gesundheit.</p>	nein
<p>2. Standort des Vorhabens</p> <p>Die ökologische Empfindlichkeit eines Gebiets, das durch das Vorhaben möglicherweise beeinträchtigt wird, ist insbesondere hinsichtlich folgender Nutzungs- und Schutzkriterien unter Berücksichtigung des Zusammenwirkens mit anderen Vorhaben in ihrem gemeinsamen Einwirkungsbereich zu beurteilen:</p>		
<p>2.1 Bestehende Nutzung des Gebietes, insbesondere als Fläche</p>	<p>Der Vorhabenbereich befindet sich im Hafenbecken 22 des Rheinauer Hafens. Das</p>	nein

Kriterien Anlage 3 UVPG, ergänzt um die Prüfkriterien der Anlage 2 UVwG	Beurteilung des Vorhabens	Erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen
für Siedlung und Erholung, für land-, forst- und fischereiwirtschaftliche Nutzungen, für sonstige wirtschaftliche und öffentliche Nutzungen, Verkehr, Ver- und Entsorgung (Nutzungskriterien),	<p>Siedlungsgebiet von Rheinau liegt ca. 700 m östlich des Vorhabensbereichs. Die Gemeinde Altrip liegt ca. 680 m westlich des Vorhabensbereichs am linken Rheinufer. Der Rheinauer Hafen gehört zum Mannheimer Hafen und damit zu einem der größten Binnenhäfen Europas. Hier werden vorwiegend feste mineralische Brennstoffe, Nahrungs- und Futtermittel und chemische Erzeugnisse umgeschlagen.</p> <p>Im Hafenbecken 22 und 23 des Rheinauer Hafens befinden sich neben der Firma Westarp weitere Betriebe deren Kerngeschäft im Recyceln und dem Umschlag von Metallen liegt, beispielsweise die Firma EG Metall oder die Firma Schrott Wetzel.</p> <p>Siedlungs- und Erholungsflächen sowie Flächen für die Land- und Forstwirtschaft oder die Fischerei sind im Rheinauer Hafen nicht vorhanden.</p> <p>Eine Empfindlichkeit von Nutzungskriterien ist daher nicht gegeben.</p>	
2.2 Reichtum, Verfügbarkeit, Qualität und Regenerationsfähigkeit der natürlichen Ressourcen, insbesondere Fläche, Boden, Landschaft, Wasser, Tiere, Pflanzen, biologische Vielfalt, des Gebiets und seines Untergrunds (Qualitätskriterien),	<p>Boden: Beim Boden der Böschung handelt es sich nicht um natürlich gewachsenen Boden, sondern um anthropogenes, durch Aufschüttungen und Umlagerungen entstandenes Substrat.</p> <p>Landschaft: Das Landschaftsbild des Rheinauer Hafens wird durch Zweckbauten, Lagerhallen und -flächen, Schiffsumschlagsanlagen, Maschinen und Verkehrswegen geprägt. Durch den Bau der Schiffsverladeanlage wird das Landschaftsbild damit nicht verändert.</p> <p>Wasser: Die Ausprägung des Schutzgutes Wasser ist ebenfalls durch die Hafennutzung bestimmt (naturfernes beziehungsweise künstlich angelegtes, strukturarmes Gewässer mit offener Verbindung zum Rhein).</p> <p>Pflanzen: Im Vorhabensbereich kommen vorwiegend weitverbreitete Ruderalarten und Neophyten (beispielsweise die Kanadische Goldrute oder das Kanadische Berufkraut) vor.</p> <p>Tiere: Die Uferböschung ist Lebensraum der Mauereidechse sowie von wirbellosen</p>	nein

Kriterien Anlage 3 UVPG, ergänzt um die Prüfkriterien der Anlage 2 UVwG	Beurteilung des Vorhabens	Erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen
	<p>Tieren. Im Wasser können Wasserorganismen und Fische vorkommen. Darüber hinaus bietet der Vorhabensbereich aufgrund seines hohen Versiegelungsgrades keine Lebensraumeignung für weitere Arten / Artengruppen.</p> <p>Biologische Vielfalt: Für die biologische Vielfalt hat der Vorhabensbereich aufgrund seines stark anthropogen überprägten Charakters keine besondere Bedeutung.</p> <p>Der Bereich der neuen Schiffsverladeanlage zeichnet sich damit nicht durch besonderen Reichtum, Verfügbarkeit, Qualität und Regenerationsfähigkeit natürlicher Ressourcen aus.</p> <p>Durch die geplante Schiffsverladeanlage ergeben sich damit keine erheblichen Auswirkungen auf Reichtum, Verfügbarkeit, Qualität und Regenerationsfähigkeit der natürlichen Ressourcen, des Gebietes oder seines Untergrundes.</p>	
2.3 Belastbarkeit der Schutzgüter unter besonderer Berücksichtigung folgender Gebiete und von Art und Umfang des ihnen jeweils zugewiesenen Schutzes einschließlich einstweiliger Sicherstellung (Schutzkriterien)		
2.3.1 Natura 2000-Gebiete nach § 7 Absatz 1 Nr. 8 des Bundesnaturschutzgesetzes,	<p>Der Vorhabensbereich befindet sich nicht in einem Natura 2000-Gebiet.</p> <p>Bei dem nächstgelegenen FFH-Gebiet handelt es sich um das FFH-Gebiet "Rheinniederung von Philippsburg bis Mannheim" (Nr. 6716341). Es befindet sich in ca. 1,4 km Entfernung südlich des Vorhabensbereichs. Ein weiteres FFH-Gebiet, "Sandgebiete zwischen Mannheim und Sandhausen" (Nr. 6617341) befindet sich 1,5 km östlich des Vorhabensbereichs.</p> <p>Das nächstgelegene Vogelschutzgebiet "Rheinniederung Altlußheim - Mannheim" (Nr. 6616441) befindet sich ebenfalls ca. 1,4 km südlich des Vorhabensbereichs.</p> <p>Nachteilige Auswirkungen der Schiffsverladeanlage der Firma Westarp im Rheinauer Hafen sind aufgrund des räumlich begrenzten Wirkungsbereichs des Vorhabens und der Entfernung zu den Natura 2000-Gebieten auszuschließen.</p>	nein

Kriterien Anlage 3 UVPG, ergänzt um die Prüfkriterien der Anlage 2 UVwG	Beurteilung des Vorhabens	Erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen
2.3.2 Naturschutzgebiete nach § 23 des Bundesnaturschutzgesetzes, soweit nicht bereits von Nummer 2.3.1 erfasst,	<p>Der Vorhabensbereich befindet sich nicht in einem Naturschutzgebiet.</p> <p>Das nächstgelegene Naturschutzgebiet "Backofen-Riedwiesen" (Nr. 2.078) liegt in 1,4 km Entfernung südlich des Vorhabensbereichs.</p> <p>Nachteilige vorhabenbedingte Auswirkungen auf das Naturschutzgebiet sind aufgrund des räumlich begrenzten Wirkbereichs des Vorhabens auszuschließen.</p>	nein
2.3.3 Nationalparke und Nationale Naturmonumente nach § 24 des Bundesnaturschutzgesetzes, soweit nicht bereits von Nummer 2.3.1 erfasst,	<p>Nicht vorhanden.</p> <p>Eine vorhabenbedingte Beeinträchtigung ist auszuschließen.</p>	nein
2.3.4 Biosphärenreservate und Landschaftsschutzgebiete nach den §§ 25 und 26 des Bundesnaturschutzgesetzes,	<p>Der Vorhabensbereich befindet sich nicht in einem Landschaftsschutzgebiet oder Biosphärenreservat.</p> <p>Biosphärenreservate sind im Umkreis von 10,0 km zum Vorhabensbereichs nicht vorhanden. Vorhabenbedingte Wirkungen auf Biosphärenreservate sind daher auszuschließen.</p> <p>Das nächstgelegene Landschaftsschutzgebiet "Unterer Dossenwald" (Nr. 2.22.014) befindet sich in ca. 1,5 km Entfernung östlich des Vorhabensbereichs.</p> <p>Nachteilige vorhabenbedingte Auswirkungen auf das Landschaftsschutzgebiet sind aufgrund des räumlich begrenzten Wirkbereichs des Vorhabens auszuschließen.</p>	nein
2.3.5 Naturdenkmäler nach § 28 des Bundesnaturschutzgesetzes,	<p>Im Vorhabensbereich sowie der unmittelbaren Umgebung befinden sich keine Naturdenkmäler nach § 28 BNatSchG.</p> <p>Vorhabenbedingte Wirkungen auf Naturdenkmäler sind auszuschließen.</p>	nein
2.3.6 Geschützte Landschaftsbestandteile, einschließlich Alleen, nach § 29 des Bundesnaturschutzgesetzes,	<p>Im Vorhabensbereich sowie der unmittelbaren Umgebung befindet sich kein geschützter Landschaftsbestandteil nach § 29 BNatSchG.</p> <p>Vorhabenbedingte Wirkungen auf geschützte Landschaftsbestandteile sind auszuschließen.</p>	nein

Kriterien Anlage 3 UVPG, ergänzt um die Prüfkriterien der Anlage 2 UVwG	Beurteilung des Vorhabens	Erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen
2.3.7 Gesetzlich geschützte Biotop nach § 30 des Bundesnaturschutzgesetzes sowie § 33 Absatz 1 des Naturschutzgesetzes	<p>Das nächstgelegene gesetzlich geschützte Biotop Nr. 165172229079 "Baggersee beim Karlsplatz" befindet sich ca. 720 m nordöstlich des Vorhabenbereichs.</p> <p>Darüber hinaus befinden sich in ca. 1,4 km Entfernung südlich des Vorhabenbereichs weitere gesetzlich geschützte Offenland-Biotop. Dabei handelt es sich vorwiegend um Feldgehölze, Röhrichte und Riede.</p> <p>Vorhabenbedingte Wirkungen auf die geschützten Biotop sind aufgrund des räumlich begrenzten Wirkungsbereichs des Vorhabens auszuschließen.</p>	nein
2.3.8 Wasserschutzgebiete nach § 51 des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) oder festgesetzte Heilquellenschutzgebiete nach § 53 Absatz 4 WHG, jeweils in Verbindung mit § 95 Absatz 1 des Wassergesetzes für Baden-Württemberg (WG) sowie Überschwemmungsgebiete nach § 76 WHG und § 65 WG	<p>Der Vorhabenbereich befindet sich in einem Überschwemmungsgebiet (HQ₁₀₀-Gebiet). Die neue Schiffsverladeanlage wird entsprechend hochwassersicher gebaut.</p> <p>Das nächste Wasserschutzgebiet liegt 2,4 km östlich des Vorhabenbereichs. Heilquellenschutzgebiete sind nicht vorhanden.</p>	nein
2.3.9 als Wasserschutzgebiete nach § 51 WHG oder als Heilquellenschutzgebiete nach § 53 Absatz 4 WHG vorgesehene Gebiete, in denen vorläufige Anordnungen nach § 52 Absatz 2 WHG, auch in Verbindung mit § 53 Absatz 5 WHG, getroffen worden sind,	Im Bereich des geplanten Vorhabens sind keine Wasserschutzgebiete oder Heilquellenschutzgebiete vorgesehen.	nein
2.3.10 Gewässerrandstreifen nach § 38 WHG und § 29 WG,	Im Vorhabenbereich besteht durch die aktuelle Nutzung kein Gewässerrandstreifen, der die in § 38 Abs. 1 WHG genannten Funktionen erfüllt. Somit kommt es durch das Vorhaben nicht zu einer Beeinträchtigung von Gewässerrandstreifen.	nein
2.3.11 Gebiete, in denen die in Vorschriften der Europäischen Union festgelegten Umweltqualitätsnormen bereits überschritten sind	Nachteilige Umweltauswirkungen auf Gebiete, in denen die in Vorschriften der Europäischen Union festgelegten Umweltqualitätsnormen bereits überschritten sind, sind in Folge der geplanten Schiffsverladeanlage auszuschließen.	nein
2.3.12 Gebiete mit hoher Bevölkerungsdichte, insbesondere Zentrale Orte im Sinne von § 2 Abs. 2 Nr.2 des Raumordnungsgesetzes,	Der Vorhabenbereich liegt im Hafenbecken 22 des Rheinauer Hafens. Dieser befindet sich in der Metropolregion Rhein-Neckar, einem Ballungsraum mit rund 2,4 Mio. Einwohnern. Mannheim ist im System	nein

Kriterien Anlage 3 UVPG, ergänzt um die Prüfkriterien der Anlage 2 UVwG	Beurteilung des Vorhabens	Erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen
	der zentralen Orte zusammen mit Ludwigshafen ein Oberzentrum. Vorhabenbedingt ergeben sich aufgrund des räumlich begrenzten Wirkbereiches des Vorhabens keine nachteiligen Auswirkungen auf das Gebiet mit hoher Bevölkerungsdichte.	
2.3.13 in amtlichen Listen oder Karten verzeichnete Denkmäler, Denkmalensembles, Bodendenkmäler oder Gebiete, die von der Denkmalschutzbehörde als archäologisch bedeutende Landschaften eingestuft worden sind.	Im Vorhabenbereich und der Umgebung sind keine Denkmäler, Denkmalensembles, Bodendenkmäler oder Gebiete, die von der Denkmalschutzbehörde als archäologisch bedeutende Landschaften eingestuft worden sind, bekannt.	nein
3. Merkmale der möglichen Auswirkungen Die möglichen erheblichen Auswirkungen eines Vorhabens auf die Schutzgüter sind anhand der unter den Nummern 1 und 2 aufgeführten Kriterien zu beurteilen; dabei ist insbesondere folgenden Gesichtspunkten Rechnung zu tragen:		
3.1. der Art und dem Ausmaß der Auswirkungen, insbesondere welches geographische Gebiet betroffen ist und wie viele Personen von den Auswirkungen voraussichtlich betroffen sind	<p>Die baubedingten Auswirkungen, wie Sichtwirkungen, Schall und Wassertrübung sind temporär und lokal begrenzt. Betroffen von diesen Auswirkungen sind insbesondere die Mitarbeiter der Firma Westarp am Standort in Mannheim sowie die Mitarbeiter der weiteren am Hafenbecken 22 des Rheinauer Hafens anliegenden Firmen.</p> <p>Anlage- und betriebsbedingt sind keine Auswirkungen zu erwarten, die nicht bereits im Ist-Zustand im Hafenbecken 22 auftreten und an die die Personen im Umfeld des Vorhabenbereichs schon gewöhnt sind.</p> <p>Aus Rücksichtnahme auf die am linken Rheinufer liegende Gemeinde Altrip, wird die Schiffsumschlagsanlage nicht im Hafenbecken 23, sondern im Hafenbecken 22 geplant. Eine zusätzliche Lärmbelästigung beim Umschlag der Schiffe entsteht vorhabenbedingt für die Gemeinde Altrip daher nicht.</p>	nein
3.2 dem etwaigen grenzüberschreitenden Charakter der Auswirkungen,	Nachteilige grenzüberschreitende Umweltauswirkungen sind aufgrund des räumlich begrenzten Wirkbereichs des Vorhabens auszuschließen.	nein
3.3 der Schwere und der Komplexität der Auswirkungen,	Der Bau der neuen Schiffsverladeanlage mit einer Spundwandkonstruktion beruht	nein

Kriterien Anlage 3 UVPG, ergänzt um die Prüfkriterien der Anlage 2 UVwG	Beurteilung des Vorhabens	Erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen
	<p>auf ein gängiges und vielfach durchgeführtes Verfahren. Die Komplexität des Vorhabens ist daher vergleichsweise gering.</p> <p>Die Ausführung der Arbeiten erfolgt unter Beachtung aller Umweltauflagen sowie den technischen Regeln der DIN EN 14503 (Häfen und Binnenschifffahrt), DIN 14329 (Fahrzeuge der Binnenschifffahrt - Einrichtung von Liege- und Umschlagplätzen) und den Vorschriften der EAU (HTG 2020).</p>	
3.4 der Wahrscheinlichkeit von Auswirkungen,	Die zu erwartenden Auswirkungen sind gering und zeitlich begrenzt. Besondere Prognoseunsicherheiten bestehen nicht.	nein
3.5 dem voraussichtlichen Zeitpunkt des Eintretens sowie der Dauer, Häufigkeit	<p>Das Vorhaben soll sobald wie möglich umgesetzt werden.</p> <p>Die Bauzeit beträgt ca. fünf Monate.</p>	nein
3.6 dem Zusammenwirken der Auswirkungen mit den Auswirkungen anderer bestehender oder zugelassener Vorhaben,	Es sind keine Beeinträchtigungen durch das Zusammenwirken mit anderen bestehenden oder zugelassenen Vorhaben oder Tätigkeiten zu erwarten.	nein
3.7 der Möglichkeit, die Auswirkungen wirksam zu vermindern.	Durch den Neubau einer Schiffsverladeanlage in bereits stark vorgeprägter Lage wird die Neuversiegelung und bauliche Inanspruchnahme bisher unbelasteter, naturnaher Räume vermieden.	nein

4 Artenschutzrechtliche Bewertung

4.1 Habitatpotenzial

- **Methodik**

Am 18.09.2021 erfolgte eine Begehung des Vorhabenbereichs und dessen Umgebung zur Überprüfung eines möglichen Vorkommens der europarechtlich streng geschützten Mauereidechse.

Vorkommen weiterer artenschutzrechtlich relevanter Arten sind aufgrund der Habitatausstattung sowie der Lage des Vorhabenbereichs im stark anthropogen überprägten Gebiet des Rheinauer Hafens auszuschließen.

- **Ergebnis**

- **Habitatausstattung im Vorhabenbereich**

Der Vorhabenbereich zum Bau der neuen Schiffsverladeranlage umfasst ca. 1.700 m², davon befinden sich ca. 600 m² der Böschung oberhalb des mittleren Wasserspiegels. Dieser Bereich ist überwiegend gepflastert, die Berme ist zum Teil vollständig versiegelt. Die auf der Böschung wachsende Ruderalvegetation stockt in den Pflasterfugen oder auf einer dünnen Substratschicht über den Pflastersteinen. In der oberen Böschungshälfte ist die Vegetation dichter, in der unteren Hälfte wird der Bewuchs spärlicher. Es sind vorwiegend anspruchslose und häufige Arten wie Brombeere, Kratzbeere, Wilde Möhre, Taubenkropf-Leimkraut, Kanadische Goldrute, Acker-Kratzdistel, Weißer Steinklee, Hasenklee, Saat-Wucherblume, Kanadisches Berufkraut und Gewöhnlicher Natternkopf vertreten. Der Böschungsfuß ist mit Wasserbausteinen befestigt, die teilweise von Brombeeren überwachsen werden.

- **Vorkommen der Mauereidechse**

Bei der Begehung am 18.09.2021 wurden eine adulte männliche Mauereidechse sowie eine juvenile Mauereidechse im südlichen Teil der Böschung festgestellt (Abbildung 4.1-1). Nordwestlich des Vorhabenbereichs wurden unter einer Pappel ein adultes Weibchen und ein weiteres Jungtier nachgewiesen. Drei weitere Exemplare der Art (ein Weibchen sowie zwei weitere adulte Individuen unbekannten Geschlechts) befanden sich südwestlich des Vorhabenbereichs auf einem schmalen Grünstreifen zwischen dem asphaltierten Betriebsweg und einer Stahlmauer.

Der teils lückige Vegetationsbestand sowie der steinige Untergrund und die gute Besonnung der Böschung im Vorhabenbereich bieten den Mauereidechsen ein gutes Nahrungshabitat sowie gute Bedingungen zum Sonnenbaden. Allerdings mangelt es an Spalten und Fugen im Bereich der gepflasterten Böschung, die als Rückzugs- und Versteckmöglichkeiten sowie als Überwinterungsquartiere dienen könnten. Der mit Wasserbausteinen ausgelegte Böschungsfuß bietet sehr viele Hohlräume, jedoch ist davon auszugehen, dass dieser Bereich gelegentlich unter Wasser steht und daher kein geeignetes Mauereidechsenhabitat darstellt.

Durch den hohen Versiegelungsgrad und der nur dünnen Substratschicht auf dem Pflaster fehlen Bereiche mit grabbarem Substrat, die sich für die Anlage der ca. 10 - 20 cm langen Eiablageröhren (SCHULTE 2008) eignen. Tiefgründigere Bereiche mit grabbarem Substrat zur Eiablage im Umfeld der Böschung befinden sich dagegen beispielsweise vor der den Lagerplatz der Firma Westarp umgebenden Stahlmauer. Hier kann sich die Kulissenwirkung der Wand zudem förderlich auf die Inkubationstemperatur auswirken. Höchstwahrscheinlich hat auch das am 18.09.2021 festgestellte Jungtier hier sein Schlupfloch und war zur Nahrungssuche im Vorhabenbereich.

Insgesamt stellt die Böschung im Vorhabenbereich einen Teil des Lebensraums des Mauereidechsenbestands auf dem Gelände der Firma Westarp dar. Die wenigen zur Verfügung stehenden Möglichkeiten zur Überwinterung sowie die fehlenden Eiablageplätze im Vorhabenbereich lassen jedoch darauf schließen, dass der Bereich vorwiegend zur Nahrungssuche und zum Sonnenbaden genutzt wird.



Abbildung 4.1-1. Fundpunkte von Mauereidechsen bei der Begehung am 18.09.2021.

4.2 Konfliktanalyse

Nachfolgend wird das Eintreten von Verbotstatbeständen des § 44 Abs. 1 in Verbindung mit Abs. 5 BNatSchG für die im Vorhabenbereich festgestellten Mauereidechsen überprüft.

- *Tötungsverbot (§ 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG)*

Für den Bau der neuen Schiffsverladeanlage wird die Böschung im Vorhabenbereich im Rahmen der Herstellung der Hinterfüllung der Spundwand baulich überprägt. Die Böschung oberhalb des Wasserspiegels im Vorhabenbereich stellt einen Teil des Lebensraums der Mauereidechsen auf dem Gelände der Firma Westarp dar. Um ein baubedingtes Töten oder Verletzen von Mauereidechsenindividuen zu verhindern, sind im Vorfeld der Bauarbeiten Vermeidungsmaßnahmen umzusetzen.

Zur Konfliktvermeidung wird eine Vergrämung der Mauereidechsen aus dem Vorhabenbereich durchgeführt. Mit der Vergrämung kann zu Beginn der Aktivitätszeit der Art Anfang März begonnen werden (siehe Kapitel 4.3).

Eine vorhabenbedingte Auslösung des artenschutzrechtlichen Tatbestands des § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG hinsichtlich der Mauereidechse ist unter Berücksichtigung der in Kapitel 4.3 beschriebenen Vermeidungsmaßnahmen auszuschließen.

- ▶ *Störungsverbot (§ 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG)*

Eine erhebliche baubedingte Störung von außerhalb des Vorhabenbereichs befindlichen Mauereidechsen ist aufgrund der Vorbelastung sowie des begrenzten Wirkbereichs des Vorhabens auszuschließen.

Anlage- oder betriebsbedingt kommt es im Vergleich zum Ist-Zustand ebenfalls nicht zu einer signifikanten Erhöhung von Störwirkungen auf Mauereidechsen im Umfeld des Vorhabenbereichs, da die auf dem Gelände der Firma Westarp vorkommenden Individuen der Art an die Anwesenheit und Bewegung von Menschen und Maschinen gewöhnt sind.

Das Eintreten des Verbotstatbestands des § 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG ist hinsichtlich der Mauereidechse daher auszuschließen.

- ▶ *Verbot der Beschädigung von Fortpflanzungs- und Ruhestätten (§ 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG)*

Aufgrund der Habitatausstattung des Vorhabenbereichs dient dieser im Wesentlichen als Nahrungshabitat sowie zum Sonnenbaden. Ein essentielles Nahrungs- oder anderes Teilhabitat der Art im Vorhabenbereich ist auszuschließen, da sich die Habitatausstattung im Böschungsbereich nordwestlich und südlich des Vorhabensbereichs

nicht von der des Vorhabensbereichs unterscheidet und hier dementsprechend gleichwertige Nahrungshabitate und Sonnenplätze vorhanden sind. Darüber hinaus sind aufgrund des hohen Versiegelungsgrades und der zu geringen Substratmächtigkeit Eiablageplätze im Vorhabensbereich auszuschließen

Das Vorhandensein einzelner Winterquartiere kann jedoch nicht vollständig ausgeschlossen werden. Vorhabenbedingt ist daher von der Beseitigung einzelner Ruhestätten auszugehen.

Da nicht gewährleistet ist, dass angrenzend an den Vorhabensbereich unbesetzte Überwinterungsquartiere zur Verfügung stehen, wird zur Wahrung der ökologischen Funktion der Ruhestätten eine vorgezogene Ausgleichsmaßnahme (CEF-Maßnahmen) im räumlichen Zusammenhang durchgeführt (siehe Kapitel 4.3).

Die ökologische Funktion der vom Vorhaben betroffenen Ruhestätten der Mauereidechse wird unter Berücksichtigung der CEF-Maßnahme im räumlichen Zusammenhang weiterhin erfüllt. Die Auslösung des Verbotstatbestands des § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG tritt daher nicht ein.

4.3 Maßnahmen

- **Vermeidungsmaßnahme**

Zu Beginn der Aktivitätszeit der Mauereidechse Anfang März wird die Vegetation im Vorhabensbereich sowie auf der Böschung mindestens 5 m nördlich und südlich angrenzend an den Vorhabensbereich (Pufferbereiche) zurückgeschnitten. Aufgrund der fehlenden Deckung durch die Vegetation nach dem Rückschnitt wird eine Entwertung des Vorhabensbereichs für die Mauereidechse herbeigeführt und der Bereich in Folge von den Tieren gemieden.

Um sicher zu gehen, dass alle Individuen den Vorhabensbereich verlassen beziehungsweise es nicht zu einer Rückwanderung kommt, erfolgt zwei Tage nach der Mahd die Abdeckung des gesamten Vorhabensbereichs sowie der Pufferbereiche mit Folie. Die Abdeckung der Böschung wird abschnittsweise an drei aufeinanderfolgenden Tagen bei warmer und trockener Witterung durchgeführt. Dabei wird jeweils ein Drittel der Strecke überdeckt.

Die Folie wird mit Steinen gegen ein Fortwehen gesichert. Diese sind so aufzubringen, dass an den Seiten Ausgänge verbleiben durch die potenziell unter der Folie befindliche Individuen ins Freie gelangen können.

Die Folie verbleibt für mindestens zwei Woche auf der Fläche, um sicher zu stellen, dass alle Mauereidechsen den Vorhabensbereich verlassen haben und in angrenzende

Habitate ausgewichen sind. Erst nach Ablauf dieser Frist kann mit dem Bau der Schiffsverladeanlage begonnen werden.

Das Aufbringen der Folie erfolgt unter ökologischer Baubegleitung. Darüber hinaus wird die Funktionsfähigkeit der Folie einmal wöchentlich von der ökologischen Baubegleitung kontrolliert.

- **Vorgezogene Ausgleichsmaßnahme (CEF-Maßnahme)**

Vorhabenbedingt entfallen einzelne Überwinterungsstätten für Mauereidechsen. Die Art überwintert in der Regel in frostfreien Spaltensystemen (SCHULTE 2008). Zur Wahrung der ökologischen Funktion dieser Ruhestätten werden daher im räumlichen Zusammenhang auf dem Gelände der Firma Westarp in Mannheim Steinschüttungen angelegt, die den Mauereidechsen Überwinterungsstätten bieten.

Insgesamt werden drei Steinschüttungen mit je einer Grundfläche von ca. 2 x 2 m und einer Höhe von mindestens 1 m errichtet. Für die Steinschüttungen werden bruchraue Schroppen aus Natursteinen mit Kantenlängen zwischen 50 mm und 150 mm (Gabionenschotter) verwendet. Die genaue Lage der Steinschüttungen ist mit der ökologischen Baubegleitung abzustimmen.

Damit die Mauereidechsen bis zur Überwinterung ausreichend Zeit haben die neuen Habitatstrukturen zu erkunden, sollte die vorgezogene Ausgleichsmaßnahme mit der Vergrämnungsmaßnahme im März durchgeführt werden.

5 Fazit

5.1 Allgemeine Vorprüfung des Einzelfalls gemäß § 7 UVPG

Die Firma Rohstoffhandel Bernhard Westarp GmbH & Co. KG betreibt an ihrem Standort in der Rotterdamer Straße 37 - 41 in Mannheim-Rheinau einen Rohstoffhandel mit aufbereiteten Metallen. Zur sicheren Befrachtung von Schiffen soll der Standort mit einer modernen Schiffsverladeanlage mit vorgesetzter Spundwand ausgestattet werden.

Die **Merkmale des Vorhabens** wurden hinsichtlich der Kriterien "Größe und Ausgestaltung des gesamten Vorhabens", "Zusammenwirken mit anderen Vorhaben und Tätigkeiten", "Nutzung natürlicher Ressourcen", "Erzeugung von Abfällen", "Umweltverschmutzung und Belästigungen", "Risiken von Störfällen, Unfällen und Katastrophen" sowie "Risiken für die menschliche Gesundheit" als unkritisch beurteilt.

Der **Standort des Vorhabens** wurde bezüglich der Nutzungs-, Qualitäts- und Schutzkriterien unter Berücksichtigung des Zusammenwirkens mit anderen Vorhaben in ihrem gemeinsamen Einwirkungsbereich beurteilt: Die ökologische Empfindlichkeit sowie die Qualität der natürlichen Ressourcen des Vorhabensbereichs sind gering; es handelt sich um einen anthropogen geprägten Standort mit intensiver Nutzung.

Die **Merkmale der möglichen Auswirkungen** wurden anhand "der Art und dem Ausmaß", "dem etwaigen grenzüberschreitenden Charakter", "der Schwere und der Komplexität", "der Wahrscheinlichkeit", "dem voraussichtlichen Zeitpunkt des Eintretens sowie der Dauer, Häufigkeit und Umkehrbarkeit", "dem Zusammenwirken mit den Auswirkungen anderer bestehender oder zugelassener Vorhaben" und "der Möglichkeit, die Auswirkungen wirksam zu vermindern" beurteilt.

Die Vorprüfung kommt zu dem Ergebnis, dass das Vorhaben nicht zu erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen führt. Die Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung ist nicht notwendig.

5.2 Artenschutzrechtliche Bewertung

Der Vorhabensbereich stellt einen Teil des Habitats des Mauereidechsenbestands auf dem Firmengelände der Firma Westarp dar. Zur Vermeidung der baubedingten Tötung oder Verletzung von Mauereidechsen wird daher eine Vergrämung zu Beginn der Aktivitätszeit der Art im März durchgeführt (siehe Kapitel 4.3).

Darüber hin aus ist eine vorhabenbedingte Beseitigung einzelner Überwinterungsstätten der Mauereidechse nicht vollständig auszuschließen. Um die ökologische Funktion dieser Ruhestätten zu bewahren, werden vorgezogenen Ausgleichsmaßnahmen im räumlichen Zusammenhang durchgeführt (siehe Kapitel 4.3).

Eine vorhabenbedingte Auslösung artenschutzrechtlicher Tatbestände im Sinne des § 44 Abs. 1 BNatSchG tritt unter Berücksichtigung der Vermeidungsmaßnahmen und vorgezogenen Ausgleichsmaßnahme daher nicht ein.

6 Verwendete Literatur und Quellen

- HTG Hafentechnische Gesellschaft e.V. / Deutsche Gesellschaft für Geotechnik e.V. (Hrsg.) (2020): Empfehlungen des Arbeitsausschusses Ufereinfassungen (EAU), Häfen und Wasserstraßen (EAU). 12. Auflage. 584 Seiten.
- OHF HAFEN- UND FLUSSBAU GMBH (2020): Baubeschreibung / Erläuterungsbericht. Schiffsverladeanlage der Firma Rohstoffhandel Bernhard Westarp GmbH & Co. KG im Rheinauhafen Mannheim. Stand 27.10.2020.
- OHF HAFEN- UND FLUSSBAU GMBH (2020a): Schiffsverladeanlage der Firma Rohstoffhandel Bernhard Westarp GmbH & Co. KG im Rheinauhafen Mannheim. Lageplan 2c. Stand 27.10.2020.
- OHF HAFEN- UND FLUSSBAU GMBH (2020b): Schiffsverladeanlage der Firma Rohstoffhandel Bernhard Westarp GmbH & Co. KG im Rheinauhafen Mannheim. Lageplan 4d. Stand 27.10.2020.
- SCHULTE, U. (2008): Die Mauereidechse erfolgreich im Schlepptau des Menschen, Laurenti-Verlag.

7 Fotodokumentation

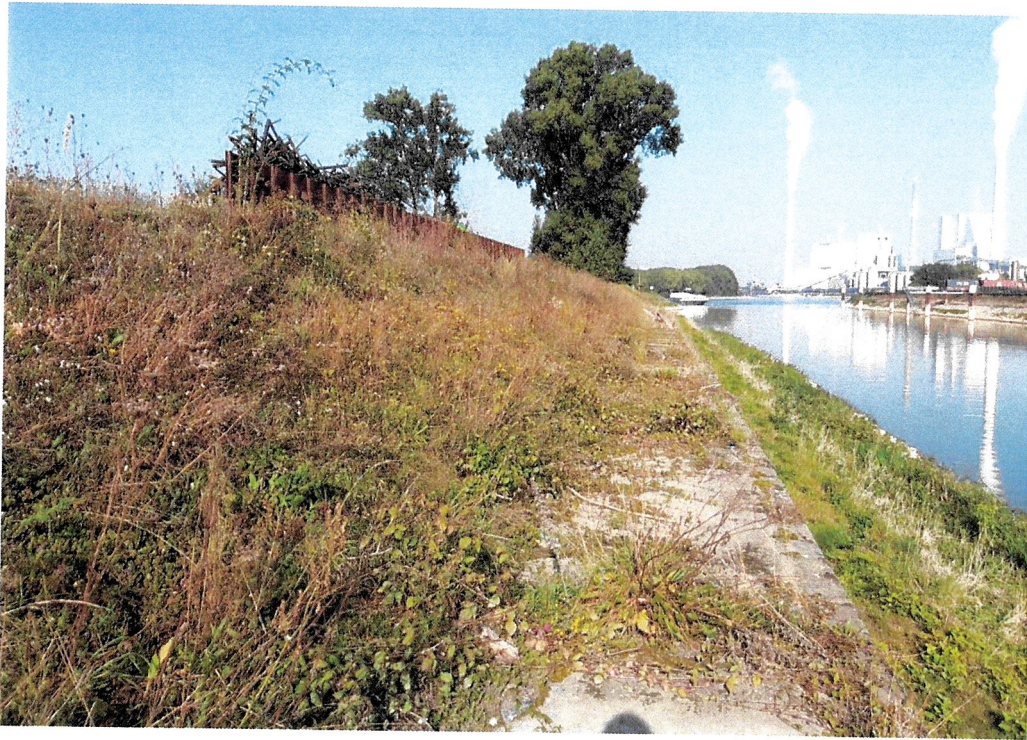


Abbildung 7-1. Blick von Süden auf den Vorhabenbereich (Aufnahme am 18.09.2021).



Abbildung 7-2. Blick auf den unteren Teil der Böschung im Vorhabenbereich (Aufnahme am 18.09.2021).

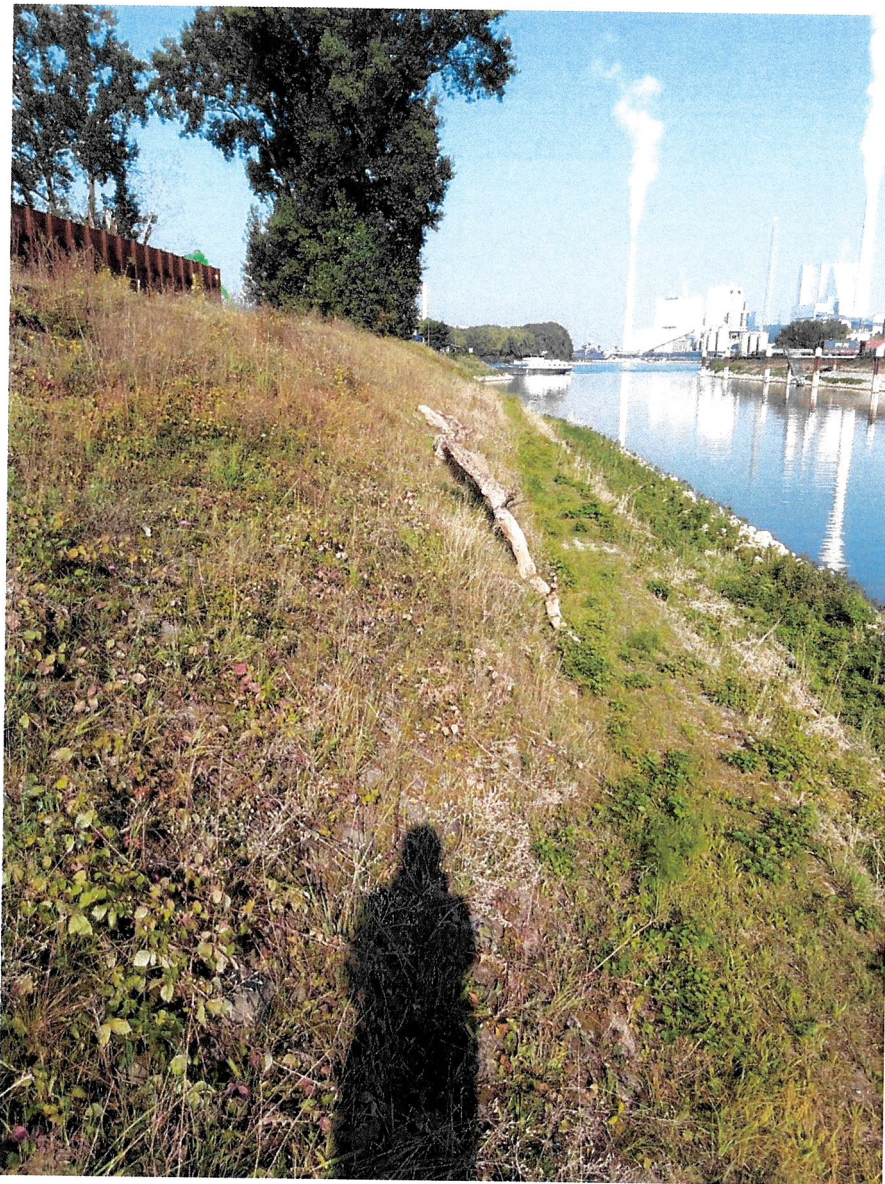


Abbildung 7-3. Blick von Süden über den nördlichen Teil des Vorhabenbereichs (Aufnahme am 18.09.2021).



Abbildung 7-4. Blick auf den Grünstreifen zwischen asphaltiertem Betriebsweg und Stahlmauer (Aufnahme am 18.09.2021).



Abbildung 7-5. Blick auf den Böschungsfuß mit Wasserbausteinen (Aufnahme am 18.09.2021).

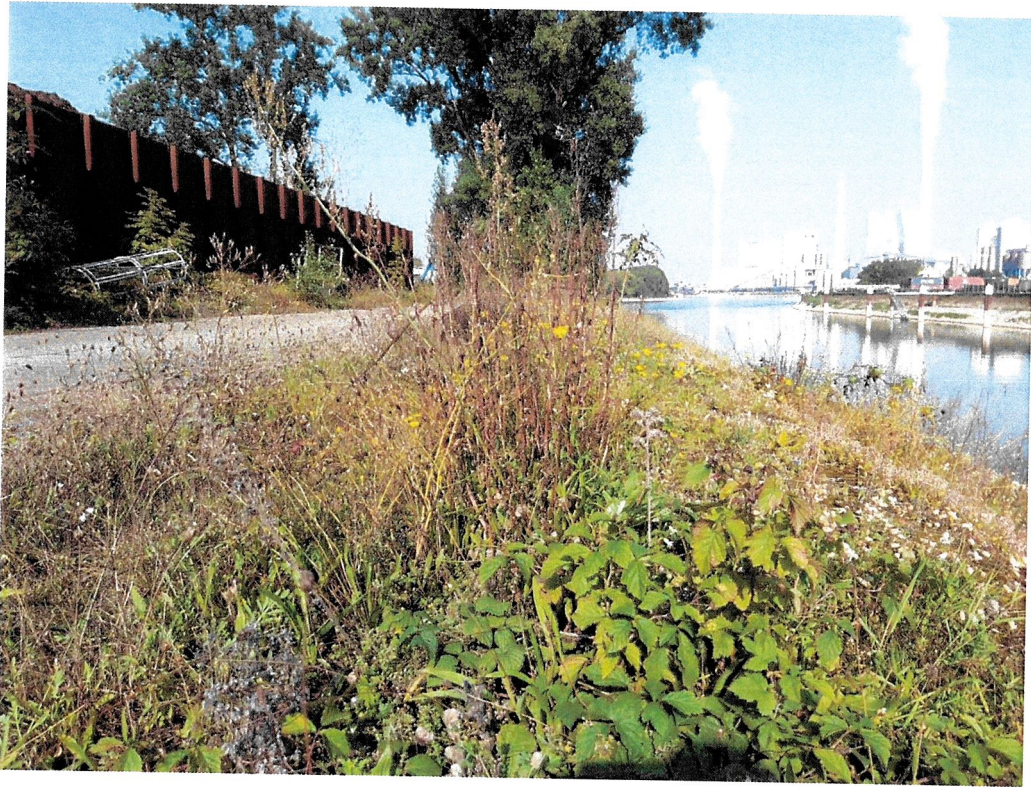


Abbildung 7-6. Blick auf den oberen Teil der Böschung anschließend an den Betriebsweg (Aufnahme am 18.09.2021).

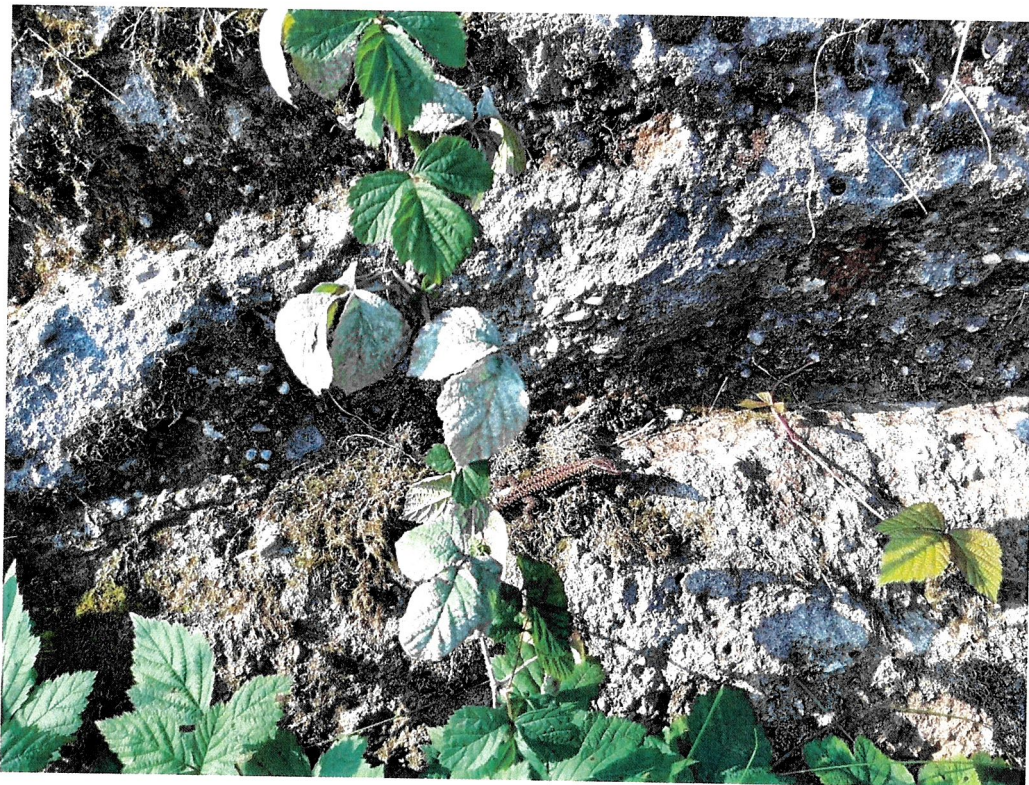


Abbildung 7-7. Adultes Mauereidechsenmännchen im Vorhabenbereich (Aufnahme am 18.09.2021).